

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34
fraktion.buergerliste@versanet-online.de

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
http://www.buergerliste.de

Leverkusen, den 20.4.2013

2
An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen
und
die drei Bezirksbürgermeister der Stadt Leverkusen,
sowie
das Büro des Rates und der Bezirke

Bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der drei
Bezirksvertretungen sowie die des Rates:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, umgehend einen fachübergreifenden
- Schule, Kinder/Jugend, Soziales, Planung, Grundstücke, WGL/weitere
Wohnungsgesellschaften, Finanzen - Arbeitskreis einzurichten, der die
Intentionen des beiliegenden Grundsatzpapiers aufarbeitet und bis zu den
Haushaltsplanberatungen 2014 Vorschläge vorlegt, wie die dort skizzierten
Ziele, zur nachhaltigen Entlastung des städtischen Haushaltes sowie die
deutliche Aufwertung einiger sozial gefährdeter Wohnquartiere, u. a. zusammen
mit der Schaffung dringend notwendigen preiswerten Wohnraums, umgesetzt
werden können.

Begründung :

Zweifelsfrei ist die nachhaltige finanzielle Entlastung des Haushaltes ein
Hauptziel der örtlichen Kommunalpolitik.

Zweifelsfrei ist auch die soziale Sanierung ganzer Wohnbereiche, ja Ortsteile
dringend notwendig, um gleichermaßen weitere finanzielle Belastungen von der
Stadt abzuwenden sowie gleichzeitig soziale Fehlentwicklungen im Interesse
aller Bürger aufzuhalten bzw. zu beheben.

Sonja Schmitz Inge Treger Bernd Neufeind Rainer Jerabek Ulrike Lorenz

i. A.


(Erhard T. Schoofs)

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34
fraktion.buergerliste@versanet-online.de

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
<http://www.buergerliste.de>

**Grundlagenpapier des Arbeitskreises „Soziale Fehlentwicklungen
in den Stadtteilen Leverkusens“**

- 1.) Der Wohnungsbestand als Auslöser sozialer Fehlentwicklungen in größeren Wohnquartieren/in Stadtteilen;
- 2.) Auswirkungen auf Jugendhäuser, Kitas, Schulen, Vereine, . . . , und auch stark auf den Haushalt der Stadt;
- 3.) Auffangen und Umkehren der Fehlentwicklungen:
Lösungsvorschläge/erste Ansätze zu Lösungen der Probleme;
- 4.) Fehlentwicklungen durch falsches/fehlendes politisches Handeln/Notwendigkeit neu ausgerichteten politischen Handelns.

Zu 1.

Nicht erst seit der Durchführung des Projektes „Soziale Stadt Rheindorf“ hat die BÜRGERLISTE auf soziale Fehlentwicklungen in unserer Stadt deutlich - u. a. in Anträgen an die Rats- und Bezirksghremien - hingewiesen: Leider weitgehend vergeblich.

Wenn die Stadt überhaupt aktiv wurde, hat sie Papiere zur Bewältigung der Probleme erarbeitet und diese dann - wegen fehlender finanzieller Mittel - in die Schublade gelegt oder Placebo-/Alibilösungen umgesetzt.

Daraufhin ist die BÜRGERLISTE alleine aktiv geworden und hat in BÜRGERVERSAMMLUNGEN auf diese Probleme hingewiesen und hilft zum Beispiel Bürgern, die unter schlechten Wohnverhältnissen leiden, mit Rat und Tat: Schöne Aussicht, GAGFAH, Eisenbahnwohnungen in Opladen, etc.

Hier betreuen bzw. betreuten wir u. a. bisher 192 Mietparteien, zumeist solche der GAGFAH.

Die heruntergekommenen Wohnungen ziehen ganze Wohnquartiere, ja Stadtteile sozial nach unten, weil viele gutsituierte Mieter ausziehen und sich vermehrt Mitmenschen aus bildungsfernen und sozialbelasteten Schichten ansiedeln. Beispiele: Schöne Aussicht, Rheindorf-Nord, etc.

Zu 2.

Diese gesellschaftlich-soziale Umstrukturierung einzelner Wohnbereiche/ Wohngebiete/Stadtteile hat dann Auswirkungen auf alle betroffenen Einrichtungen: Geschäfte, Gaststätten, Kitas, Schulen, Vereine, etc. Somit wachsen die sozialen Probleme hier allerorten und der Staat/die Stadt muss eingreifen. Neben der AGL-Stütze ist nun zum Beispiel die Essensversorgung der Kinder in Kitas und Schulen sicher zu stellen: durch Spenden, Schulvereine, etc. Die Qualität der Erziehung durch die Familien nimmt ab, während die Erziehungsschwierigkeiten in Kitas, Schulen und personell unterbesetzten und finanziell schlecht ausgestatteten Jugendhäusern - sofern diese überhaupt zur Verfügung stehen - entsprechend steigen.

All dies kostet nun an vielen Stellen viel Geld, das dem Staat/der Stadt nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung steht, denn die städtischen/staatlichen Haushalte sind ausgepowert.

Fazit: Da für wesentliche Maßnahmen teilweise Pläne, aber nicht annähernd ausreichend Gelder zur Verfügung stehen, verstärken sich die Probleme, und noch mehr Geld müsste für Gegenmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Und so schwingen ganze Stadtteile langsam, aber sicher, sozial ab und werden zu immer größeren Problemzonen: so zum Beispiel Schöne Aussicht, Rheindorf-Nord und Alkenrath.

Durch Nichtstun/Wenigtun der Stadt/des Staates entstehen also immer höhere Kosten, und die städtischen Haushalte sind einfach überfordert und versinken immer stärker in Schulden und Aktionsunfähigkeit.

Zu 3.

Um diese Fehlentwicklungen, u. a. stark „gefördert“ durch maroden Wohnungsbestand, der verstärkt sozial schwierige Bevölkerungsschichten anlockt, aufzufangen oder gar diese Entwicklungen umzukehren, braucht man viel Geld, das im städtischen Haushalt aber nicht vorhanden ist.

Allerdings gibt es dieses notwendige Geld an einem Ort, wo es an sich auch hingehört: bei der hundertprozentigen Tochter der Stadt, der Wohnungsgesellschaft WGL. Hier stehen viele Millionen, in vorsorglicher und weitsichtiger Planung oder möglicherweise auch nur in speziellen steuerlichen Sonderrege-

lungen begründet, zur Verfügung, um wesentliche, ja grundlegende Leverkusener Probleme mit Hilfe vieler Zuschussmillionen des Landes NRW zu lösen.

Hiermit müssen dringend mietgünstige Sozialwohnungen gebaut werden, die von allen Seiten - DGB, Landesregierungen, Bund der Steuerzahler, Mieterbünde, Sozialverbände, etc. Stichwort: „Dramatischer Mangel an Sozialwohnungen“ - Titel eines Artikels im StadtAnzeiger vom heutigen Tage.

Neben dem Neubau von Sozialwohnungen ist hier u. a. auch das Übernehmen maroder Wohnungen mittels Ankauf und Sanierung durch die WGL ein möglicher Weg, die baulich heruntergekommenen Quartiere aufzufangen. Zumal inzwischen GAGFAH & Co. diese Wohnungen zum Verkauf - zudem zu angemessenen Preisen - anbieten.

Durch eine bessere Verteilung sozial schwacher Familien im Stadtgebiet würde sich manches nachfolgende Problem deutlich besser lösen lassen, und auch der Zuzug sozial schwacher Bevölkerungsschichten von auswärts - mit den sich ergebenden Folgekosten für unsere Stadt - in Leverkusener Quartiere mit maroder Bausubstanz würde zumindest erheblich gemindert.

Ein größeres Angebot an preiswerten Wohnungen würde zudem die Preisentwicklung bei Wohnungen positiv beeinflussen und dadurch zusätzlich für ein Angebot preiswerterer Wohnungen sorgen.

Zu 4.

Auf dem Hintergrund zunehmender problembehafteter maroder Wohngebiete und auf dem Hintergrund der vielen, höchst problematischen Leerstände in den Einkaufsbereichen unserer Stadt - besonders schlimm in der CITY -, ist eindeutig festzustellen, dass der Stadtrat zumindest in zwei Punkten völlig umdenken muss:

Die Millionen der WGL dürfen nicht in der vorgesehenen Form zur Sanierung des städtischen Haushaltes und so - indirekt - zu Finanzierung der Bahnstadt mit ihrer unsinnigen Gütergleisverlegung verwendet werden, sondern sollten zur Sanierung maroder Wohngebiete und zum Bau preiswerten Wohnraums/von Sozialwohnungen dienen, und auf diesem Weg den Haushalt entlasten und gleichzeitig wesentliche Aufgaben unserer Stadt lösen helfen.

Dies wäre nachhaltige, bürgernahe und zudem erfolgreiche Haushaltspolitik. Die Entwicklung der Opladener Bahnstadt, die die BÜRGERLISTE bisher - außer bei der unsinnigen Gütergleisverlegung - immer unterstützte, wird auch bei uns jetzt kritischer gesehen.

Ganz davon abgesehen, dass neuer Wohnraum nicht an einer Güterstrecke gebaut werden sollte, die im Moment mit vielen Milliarden Euros zur meistbefahrenen Strecke Europas ausgebaut wird, ist zunehmend zu bezweifeln, dass

sich die höchst optimistischen wirtschaftlichen Entwicklungen der Planer wirklich so positiv realisieren lassen.

Bei stagnierender Bevölkerungszahl, weiter steigender Zahlen von Minijobbeschäftigten sowie AGL-Beziehern, weiteren Leerständen in den Einkaufsgebieten, die leider bisher von auswärts keine namhaften Käuferschichten anlocken, ja vielmehr untereinander sogar deutliche Kannibalisierungsanzeichen aufweisen, wird es immer zweifelhafter, dass die in den wirtschaftlichen Planungen aufgezeigten, höchst optimistischen bis unrealistischen Prognosen je Wirklichkeit werden. Ob es auf diesem Hintergrund sinnvoll/realistisch ist, in der Bahnstadt auch noch weiteren Handel anzusiedeln, ist in der BÜRGERLISTE zunehmend umstritten.

Die Politik vor Ort muss unseres Erachtens umdenken und alle Planungen etwas realistischer angehen: mit den WGL-Millionen Wohnquartiere sanieren und Sozialwohnungen bauen, die Bahnstadt - soweit wie dies noch möglich ist: z.B. Gütergleis - abspecken, die vorhandenen Handels- und Einkaufsbereiche stärken und die CITY endlich komplettieren - Siehe Gutachten Prof. Ackers ! - sowie die immensen Verkehrsprobleme der Stadt lösen.

Die WGL-Millionen dürfen deshalb nicht auch noch für den Haushalt der Stadt/ die Bahnstadt verbraten werden.

Zur weiteren Sanierung des Haushaltes muss die Stadt leider an geeigneten Stellen sparen: z.B. Museum schließen, in Teilen der Nacht - wie in anderen Städten - die Straßenbeleuchtung abstellen, etc. Siehe die hierfür von der BÜRGERLISTE seit Jahren gemachten Vorschläge !